

Dem Markt entzogen

Die Geschichte des Arbeiterwohnens vom Kaiserreich bis heute

Von **Wolfgang Ruppert**

29. November 1996 / Quelle: DIE ZEIT, 49/1996

AUS DER
ZEIT NR. 49/1996



In unserem kollektiven Gedächtnis ist mit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert das Bild der "Mietskaserne" aufs engste verbunden.

Wir assoziieren damit eine hoffnungslose Überbelegung und das Massenelend des "Proletariats". Diesem Stereotyp entsprechend, wurde der großflächige Bau von Sozialwohnungen in den fünfziger und sechziger Jahren als sichtbare Lösung der "sozialen Frage" bewertet. Adelheid von Saldern gelingt es, solche eingängigen Bilder aufzulösen. Sie behandelt das Arbeiterwohnen als einen Teilaspekt der Sozial- und Kulturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts und fragt in einem erfahrungsgeschichtlichen Zugriff nach den strukturgeschichtlichen Kontinuitäten und Brüchen.

Von einem "Arbeiterwohnen" im Sinne von schichtspezifischen sozialräumlichen Beziehungen kann erst seit den 1870er Jahren gesprochen werden, als die entstehenden Industriestädte, vermittelt über das Regulativ der Grundstückspreise, mit fortschreitender Urbanisierung eine Ausdifferenzierung der Areale in City, die "besseren" bürgerlichen Wohnbezirke und die Arbeiterquartiere vollzogen. Auch die Architektur der typischen Mietskasernen selbst wurde von der ökonomischen Rationalität des Marktes strukturiert: Das im Mietzins teurere Vorderhaus wurde mit ornamentalem Fassadenschmuck hervorgehoben, und die dunklen Hinterhäuser mit ihren oft engen, schlauchartigen Zimmern wurden als "verdichtete Raumordnungen" angelegt.

Im Unterschied dazu orientierten sich bürgerliche und sozialdemokratische Reformer an neuartigen Architekturkonzepten, in denen die moderne Wohnung als ein Ort des privatisierten Lebens mit Licht, Luft und Sonne, mit eigenem Bad und Wasserklosett definiert wurde.

Die Autorin betrachtet insbesondere die Initiativen nach 1924/25 als wichtigste Zäsur in der Geschichte des Arbeiterwohnungsbaus, weil durchgesetzt werden konnte, daß dieser Bereich der Wohnungswirtschaft nicht länger allein dem Markt überlassen blieb. Vor allem sozialdemokratisch regierte Kommunen errichteten in den zwanziger Jahren 2,5 Millionen neue Wohnungen für etwa 9 Millionen Menschen. Demgegenüber verschob sich die Programmatik des Wohnens im NS-Staat hin zu Siedlungsbau und Eigenheimen.

In plastischer Weise wird im Vergleich von Bundesrepublik und DDR die Bedeutung der gesellschaftlichen Zielvorstellungen transparent.

Zwar erhielt die Errichtung von neuem Wohnraum nach 1945 in beiden deutschen Staaten hohe Priorität. Doch stellte sich die Wohnungsnot in der DDR aufgrund der ungebremsten Abwanderung bis zum Mauerbau 1961 nicht im selben Maße als Problem dar wie in Westdeutschland.

Die ersten sozialistischen Stadtgründungen, 1951 Stalinstadt, 1957 Hoyerswerda, hatten vielmehr Modellcharakter. Aufgrund der beschränkten Ressourcen blieb es jedoch bei der Schaffung von Wohnraum und einer Grundversorgung mit Schulen, Kinderkrippen und -horten, von Versorgungswürfeln, Restaurants und Kulturhaus.

Die Konzepte der Neuplanungen und der Bau von "Trabantenstädten" am Rande der älteren urbanen Verdichtungsgebiete gleichen sich in Ost und West in erheblichem Maße. In beiden deutschen Gesellschaften wurden mit diesen Neubauten bewußt "durchmischte" Wohnpopulationen angestrebt und Arbeiterviertel mit ihrer "relativen Segregation" aufgelöst.

Eine besondere Aktualität gewinnt dieser Überblick, weil er deutlich macht, daß die Obdachlosigkeit von Menschen, mit Ausnahme der kurzen Jahrzehnte des offensiven Sozialstaates in der Bundesrepublik und der DDR, die Geschichte des Wohnens ständig begleitete. Diese Erkenntnis sollte die neoliberalen Modernisierer mit ihrer geschichtslosen Marktgläubigkeit irritieren.

Adelheid von Saldern:

Häuserleben

Zur Geschichte städtischen Arbeiterwohnens vom Kaiserreich bis heute

Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 1995

488 S., 80,- DM